Abendausgabe

Nr. 53 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 27

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 40 Mark

Donnerstag
1. Februar 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das Landessteuergesetz gescheitert.

Die Beratungen des Landessteuergesetzes im Steuerausschuß des Reichstages, die vor Weihnachten begonnen wurden, sind seit dieser Zeit nicht viel vom Fleck gekommen. Das Kernstück des Gesetzes, die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz., war das heiße Eisen, vor dem sich auch die bürgerlichen Parteien scheuten. Die Sozialdemokratie hatte von Anfang an erklärt, daß sie die Erhöhung der Umsatzsteuer wegen der ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht tragen könne. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme drückten sich um eine Stellungnahme herum. In der ersten wie in der zweiten Lesung wurde die Abstimmung ausgesetzt.

In der heutigen Sitzung des Steuerausschusses ist nun die Entscheidung gefallen. Das Zentrum, das am Donnerstag abend in einer stürmischen Fraktionssitzung sich mit der Umsatzsteuer beschäftigt hatte, ließ durch den Abg. Herold erklären, daß auch ihm die Zustimmung der Erhöhung der Umsatzsteuer nicht möglich sei. Daraufhin erklärte Staatssekretär Zapf, daß der Reichsfinanzminister Hermes angesichts dieser Sachlage die Stellungnahme des Kabinetts für notwendig halte, das sich darüber klar werden müsse, ob die gesamte Vorlage aufrechterhalten werden solle oder nicht. Abg. Hergt (Dnat.) beantragte nunmehr die Vertagung der Verhandlungen des Ausschusses. Im Auftrage des Reichsrates erklärte der preußische Vertreter, daß eine Vertagung des Landessteuergesetzes für Gemeinden und Länder untragbar sei, das Gesetz sei der letzte Rettungsanker für die sonst zugrunde gehenden Gemeinden. Die Verantwortung für den drohenden Untergang der Gemeinden trage der Reichstag.

Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Kahmann: Eine Veranlassung für die Zurücknahme der gesamten Vorlage liege nicht vor. Unsere Stellungnahme zur Umsatzsteuer sei von vornherein bekannt gewesen. An Stelle der Umsatzsteuer habe die Sozialdemokratie Beteiligung der Gemeinden an der Kohlensteuer beantragt. Auch die stärkere

Heranziehung der Besitzenden zur Zwangsanleihe,

ebenso wie die Beschleunigung der Steuereinziehung seien gangbare Wege für die Rettung der Gemeinden. Die Ankündigung der Regierung über die Zurückziehung der Vorlage sei ein Zeichen für ihre Schwäche gegenüber den Besitzenden. Das Finanzministerium müsse Vorschläge machen, wie die abgelehnte Umsatzsteuer ersetzt werden könne.

Sofort nach Kahmann erhob sich der Staatssekretär Zapf, um zu erklären, daß der

Weg der Zwangsanleihe nicht gangbar

sei. Die Zwangsanleihe sei für die Sachlieferungen bestimmt und sei außerdem nur eine einmalige Steuer.

Nachdem noch Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) erklärt hatte, daß auch seine Fraktion angesichts der Haltung des Zentrums nicht für die Umsatzsteuer eintreten werde, erklärte Genosse Hertz, das Verhalten des Finanzministeriums sei nicht nur eine Schwäche gegenüber den Besitzenden, sondern auch ein Ultimatum gegenüber denen, die die Umsatzsteuer für katastrophal halten. Bei der Ermäßigung der Einkommensteuer, wo auch die Regierungsvorlage von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden war, habe das Finanzministerium keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Der Ausweg der Zwangsanleihe sei möglich und sei der beste Weg zur Rettung der Gemeinden. Dem Steuerskandal bei der Heranziehung des Sachbesitzes zur Zwangsanleihe, den die Geldentwertung ungeheuer gesteigert habe, müsse ein Ende bereitet werden. Wenn man ferner für eine schnellere Einziehung der Steuern sorge, dann habe man zwei Möglichkeiten, die den besten Ersatz für die Erhöhung der Umsatzsteuer darstellen.

Eine eingehende Stellungnahme zu der durch die Verhandlungen im Steuerausschuß geschaffenen Sachlage behalten wir uns vor. Trotzdem muß bereits in diesem Augenblick gesagt werden, daß die Sozialdemokratie alles getan hat, um die Gemeinden zu schützen. Wenn sie jetzt durch die Aussetzung der Verhandlungen über das Landessteuergesetz in die schwerste Bedrängnis geraten, so ist das die Schuld der bürgerlichen Parteien und der bisherigen Steuer- und Finanzpolitik. Wo der Besitz in Frage kam, schont man, während man den Verbrauch auf das stärkste belastete. Diese weitere Belastung verspricht keine Rettung für die Gemeindefinanzen, bringt dafür aber Untergang für Millionen Rentner, die freien Berufe und die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die bürgerlichen Parteien lassen jedoch lieber die Gemeinden zugrunde gehen, ehe sie sich zu einer Belastung des Besitzes entschließen. Wie gerecht der Ausweg bezüglich der Zwangsanleihe wäre, den die Sozialdemokratie im Steuerausschuß vorgeschlagen hat, das mögen unsere Leser in der heute morgen von uns wiedergegebenen Aufstellung über die Steuerkurse und die tatsächlichen Kurse der Wertpapiere erkennen.

Keine Ruhrkohle für Deutschland.

Verbot der Kohleneinfuhr.

Paris, 1. Februar. (WTB.) Die französische Regierung hat am späten Nachmittag dem deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat von Hoesch eine Verbalnote überreicht, in der auf die angeblichen Verfehlungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien, die die Reparationskommission am 16. und 26. Januar 1923 festgestellt haben will, hingewiesen und im Anschluß daran mitgeteilt wird, daß vom 1. Februar ab keine Kohlen- und Koksendungen aus der besetzten Zone in das übrige Deutschland ausgeführt werden könnten.

Paris, 1. Februar. (WTB.) Wie die Agence Havas meldet, ist die Einstellung der Kohlen- und Koksfeferungen aus dem Ruhrgebiet nach dem übrigen Deutschland gestern um Mitternacht in Kraft getreten. Von 12 Uhr ab werde nur noch das Brennmaterial nach Italien weiter durch das unbesetzte Deutschland gehen. Bei Abgang und Ankunft werde eine Kontrolle ausgeübt werden, um Unregelmäßigkeiten, die vorkommen könnten, festzustellen.

Paris, 1. Februar. (EE.) Marcel Hutain vom „Echo de Paris" hatte mit einem der Minister, die dem Ruhrministerialkomitee angehören, eine Besprechung, in der ihm erklärt wurde, daß zur Abschneidung der Kohlenzufuhr nach Deutschland alle Kontrollelemente in französischer Hand seien. Die Kohlen nach Italien würden abgesandt werden, doch würde genau kontrolliert werden, ob sie wirklich nach Italien abgingen. Bis auf neue Befehle würden Züge oder Kähne, die andere Dinge als Kohle für Deutschland enthalten, durchgelassen werden; doch soll die Schraube stärker angezogen werden, wenn die Haltung Berlins Frankreich dazu zwingen sollte. Die Lage im Ruhrgebiet habe sich nicht geändert, von einigen lokalen Streiks abgesehen. Die Bergarbeiter seien in Tätigkeit, und es solle alles geschehen, um sie zur Weiterarbeit zu veranlassen. Der Bericht Costes könne das Vertrauen zum Enderfolg nicht mindern.

Spende der holländischen Eisenbahner.

Rotterdam, 1. Februar. (WTB.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge hat das Personal der holländischen Eisenbahn den Betrag von 6000 Gulden, etwa 120 Millionen Mark, für die Kinder deutscher Eisenbahnangestellten gesammelt.

Internationaler Protest.

Prag, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der gewaltsame Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet und die ungeheure Gefahr eines neuen blutigen Konfliktes in Europa, die daraus entstand, hat auch die Arbeiterschaft in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei zu machtvollem, leidenschaftlichem Protest auf den Plan gerufen. In vielen Städten Böhmens und Schlesiens haben bereits in den letzten Tagen sozialdemokratische Versammlungen mit der Tagesordnung „Die Besetzung des Ruhrgebietes — eine Friedensgefahr für Europa" stattgefunden. Die Versammlungen wiesen überall einen überaus starken Besuch auf. Die ganze Kraft des deutschen Proletariats in diesem Staate wird lebendig, um das ungeheure Unglück eines neuen Krieges zu verhindern. Wahre Massenversammlungen fanden vor allem in Westböhmen statt. Die Kundgebung in Karlsbad gestaltete sich zu der größten Massenkundgebung, die jemals in einem geschlossenen Raum dieser Stadt getagt hat. Genosse Hillebrand geißelte in scharfen Worten die „nationalen" Reaktionäre. In Westböhmen fanden weitere Versammlungen in Falkenau, Marienbad und Fleißen bei Eger statt, in Nordwestböhmen Demonstrationsversammlungen in Dux, Bilin und Teplitz. In Teplitz sprach Senator Gen. Nießner die Hoffnung aus, daß die internationale Arbeiterbewegung den Ausweg aus der gefahrvollen Situation bringen werde. Schließlich wurden Versammlungen in den schlesischen Städten Jägerndorf, Freudenthal, Würbenthal und Troppau abgehalten. Der bisherige Verlauf der Versammlungsaktion, die noch nicht abgeschlossen ist, hat bewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft der Tschechoslowakei mit den Arbeitern Deutschlands und insbesondere jenen des Ruhrgebietes sympathisiert und daß sie auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Konferenzen von Frankfurt und Amsterdam steht, die das Proletariat aller Länder zum unermüdlichen Kampf gegen den Imperialismus aufgerufen haben.

*

Löwen, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend fand hier eine von der Sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens einberufene große Volksversammlung statt, an der über 2000 Personen teilnahmen. Nach Referaten der Genossen Doms, de Brouckère und Huysmans wurde eine Entschließung angenommen, die Einspruch gegen das im Ruhrgebiet eingeführte Militärregiment erhebt und eine den Frieden und die Reparationen sichernde konstruktive Politik unter den Auspizien des Völkerbundes verlangt.

Dollar 42000!

Die Nachricht, daß die Reichsregierung beabsichtige beabsichtige, zur Unterdrückung der spekulativen Auswüchse des Devisengeschäfts energische Maßnahmen zu ergreifen, hat einen leichten Rückschlag am Markte der ausländischen Zahlungsmittel zur Folge gehabt. Es kommt hinzu, daß auch New York gestern einen festeren Markkurs meldete. Die Reichsbank benutzte heute diese Gelegenheit, um während der Feststellung der amtlichen Devisenkurse durch Abgabe einen Druck auszuüben. Der Erfolg dieser Aktion ist jedoch nicht groß geworden. So gelang es, die Notiz des englischen Pfunds auf 193 000 herabzudrücken. Vor und nach der amtlichen Notierung wurden jedoch Auszahlungen in London zu bedeutend höheren Kursen gehandelt. Der Dollar stellte sich nach Ablauf der ersten Börsenstunden auf 42 000. Ein offizieller Effektenverkehr fand heute nicht statt. Wie eine Nachfrage bei den Banken ergibt, liegen nennenswerte Verkaufsaufträge bisher nicht vor. Das Publikum hält anscheinend an seinem Effektenbesitz fest. Allerdings dürfte die stürmische Aufwärtsbewegung vorläufig beendet sein.

Die fascistische Nebenregierung.

Die bayerische Staatsregierung ließ am 30. Januar abends in der „Bayerischen Staatszeitung" nochmals feststellen, daß von nationalsozialistischer Seite „in aller Form mit Gewaltanwendung und Beseitigung der Regierung gedroht wurde, wenn den Wünschen der nationalsozialistischen Parteileitung nicht Rechnung getragen werde". Trotzdem hat Herr Nortz, der Polizeipräsident von München und zugleich „Staatskommissar für München-Stadt", mit den nationalsozialistischen Häuptlingen unterhandelt, den Wünschen ihrer Parteileitung Rechnung getragen und die bereits verbotene fascistische Demonstration in den Straßen Münchens zugelassen. Die Sache war sehr ernst, denn die große Gönnerin der fascistischen Bewegung in München, die „Münchener Neuesten Nachrichten", gibt selbst zu, „daß vaterländische Kreise ohne Rücksicht auf die Gefährdung ihrer Popularität für den äußersten Fall sich zur Vermeidung von Zwischenfällen bereit hielten".

Diese vaterländischen „nationalaktiven Kreise", „bewährte und verehrte Führer der nationalen Bewegung", nahmen nun nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" über den Kopf der Regierung hinweg den „Ausgleich in die Hand" und „retteten" so „die aufs äußerste zugespitzte Situation". Bayern erfreut sich also einer sehr einflußreichen Nebenregierung, die der feierlich eingesetzten Regierung einfach in die Parade fährt!

Die „bewährten und verehrten Führer" sind aber die ausgesprochenen Förderer der fascistischen Bewegung in München, die Herren Kahr, Dr. Roth und der Polizeipräsident Nortz. Die grüne Polizei des Herrn Nortz hat jüngst fast tatenlos zugesehen, als Fascisten in einem Hotel vandalisch plünderten und wertvolle Gegenstände stahlen. Sie hat wirklich einen Menschen gepackt, dem die gestohlene silberne Gabel, die er „nur als Andenken" an diese „patriotische" Rettungsaktion mitnehmen wollte, direkt aus der Tasche herauslugte.

Herr Nortz hat die Jünger des Kapitäns Ehrhardt, mit denen Pöhner den ganzen Polizeiapparat durchsetzte, nicht aus ihren einflußreichen Stellungen entfernt. Am 7. November 1921 stellte die „Münchener Post" fest, daß zu den nationalsozialistischen Sturmtrupps der Polizeiwachtmeister Hamm gehöre. Der gleiche Hamm habe mit verabredet, einen vermeintlichen Denunzianten der Nationalsozialisten bei einer Versammlung niederzurennen und totzutreten."

Weder der Münchener Polizeipräsident noch der Herr Hamm haben die „Münchener Post" zu verklagen gewagt.

Am 11. Juli 1922 richtete die „Münchener Post" eine Reihe sehr ernster Gewissensfragen an den Grafen Lerchenfeld, darunter auch diese:

„Im Frühjahr 1921 fand eine Ausschußsitzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der Pläne zur Ermordung Erzbergers beraten wurden. Die Tat sollte ausgeführt werden anläßlich eines Vortrages, den Erzberger während seiner damaligen Vortragsreise in München halten sollte. Ueber die Rollenverteilung wurde man sich jedoch nicht einig. Die größten Hetzer, darunter auch der 2. Vorsitzende der Partei, Oskar Körner (derselbe, der den Ueberfall auf den Abgeordneten Saenger ausübte), versuchten andere vorzuschieben. Die beiden Angestellten Frank, Lindwurmstr. 51, München, und Schüßler, Zieblandstr. 41, München, erklärten das als eine „feige, niederträchtige Handlung" und lehnten ab, bei der Sache mitzutun. An dieser Sitzung nahmen teil der damalige 1. Vorsitzende Anton Drexler, der 2. Vorsitzende Körner, die Ausschußmitglieder Emmer, Angermeier, Michl, Riedl sowie Schüßler. Ebenfalls wurde ein Plan beraten zur Ermordung des Reichsministers Rathenau. Dazu sollten einige Leute nach Berlin fahren. Der Treiber bei diesen Verhetzungen war Adolf Hitler. Er wandte die Vorsicht an, seinen Freund Körner vorzuschicken und als Sprachrohr zu benützen. Der Polizei wurde hiervon Mitteilung gemacht; was ist geschehen?"

Ja, was ist geschehen? Nichts!

Am 30. Januar 1923 fragte die „Münchener Post" Herrn Nortz, ob es richtig sei, daß die Polizei erfahren habe, daß „Sturmtruppangehörige der Nationalsozialisten Mitte Januar ein Attentat auf Scheidemann unter sich erörtert haben und dabei zu einem sehr positiven Programm gekommen" seien. Herr Nortz mußte zugeben, daß ein Mitglied dieser Partei allerdings den Entschluß gefaßt habe, ein Attentat auf Scheidemann zu verüben, daß es aber von seinem Entschluß abgekommen sei. Herr Nortz ließ diesen Mann frei, „da ihm nichts Strafbares nachzuweisen war". Nortz ist der Mann, der in München über den Kopf des Ministers Schweyer hinweg den Fascismus über die bayerische Staatsregierung triumphieren ließ.

*

Dem Genossen Scheidemann in Kassel sind in jüngster Zeit von verschiedenen amtlichen Stellen aus ganz offiziell neue Warnungen vor beabsichtigten Attentaten zugegangen. In einem Falle handelt es sich um gewisse Vorbereitungen in Hamburg, in dem zweiten Falle um Mitteilungen aus Berlin. Eine dritte offizielle Warnung für Scheidemann, so wird uns aus dem Rathause mitgeteilt, ist aus München eingelaufen. Sie warnt vor einem Münchener Studenten. Genosse Scheidemann gibt soeben

im „Berliner Tageblatt" den Wortlaut der Münchener Warnung bekannt. Sie lautet:

München, den 20. Januar 1923.

Der Polizeidirektion ist bekannt geworden, daß der erst vor kurzem in München zugereiste und bei der Universität immatrikulierte stud. jur. Karl B., geboren 21. März 1901 in Wismar, hier, Hohenzollernstr. 77/2 wohnhaft, die Absicht habe, Ende dieses Monats den Herrn Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel zu ermorden. Bei seiner am 19. Januar 1923 erfolgten polizeilichen Einvernahme gab B. zu, daß er tatsächlich ohne Einfluß dritter Personen, die Absicht hatte, Herrn Oberbürgermeister Scheidemann zu ermorden. Hinsichtlich der Ausführung der Tat hatte er sich angeblich am 18. Januar 1923 mit dem in Berlin wohnhaften und am 18. Januar 1923 in München anwesend gewesenen Oberleutnant a. D. Roßbach vor dessen Rückfahrt nach Berlin am Bahnhof besprochen und ihn um Rat befragt. Nachdem R. ihn entschieden abriet und erklärte, daß er jeden, der heute eine solche Tat ausführen werde, selbst erschießen werde, habe B. unter ehrenwörtlicher Zusicherung dem R. gegenüber seinen Plan aufgegeben . . .

Obwohl B. auch hier die feste Zusicherung abgegeben hat, daß er seinen Plan vollständig aufgegeben habe, möchte ich nicht verfehlen, von dem Vorfall Kenntnis zu geben. Erwähnt sei noch, daß nach den eigenen Angaben des B. gegen ihn zurzeit ein Verfahren wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder beim Landgericht Schwerin anhängig sei.

Die Münchener Polizeidirektion hält es also für nötig, den Bedrohten ausdrücklich zu warnen. Aber gleichzeitig entläßt Herr Nortz in München den zum Mord bereiten Burschen aus der Haft, damit er zu gelegener Zeit auf seinen Plan zurückkommen kann. Es fehlte etwas an dem Gesamtbilde, wollte man nicht darauf hinweisen, daß die Polizei des „Staatskommissars" Nortz das „Ehrenwort" des Mordbuben für irgendwie wichtig und glaubwürdig hält.

Knilling entschuldigt sich.

München, 1. Februar. (WTB.) Im Haushaltsausschuß des Landtages hat heute vormittag Ministerpräsident Dr. von Knilling die angekündigte Erklärung über die Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben. Er gab einleitend eine Darstellung der Vorgeschichte und betonte dabei, auf Grund amtlicher Niederschrift, daß Hitler am Donnerstag abend vor dem Polizeipräsidenten ernstere Drohungen ausgesprochen habe, als man ihm eröffnete, daß alle Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten würden. Hitler habe erklärt, seine Fahnenweihe finde unter allen Umständen auf irgendeinem freien Platze statt. Die Regierung könne schießen, wenn sie wolle. Der erste Schuß werde aber eine rote Flut auslösen und was dann komme, werde man sehen. Binnen zwei Stunden sei die Regierung erledigt. Hitler habe geschlossen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder." Am nächsten Morgen hätte der Vertreter der Nationalsozialistischen Partei dem Minister Schweyer gegenüber ähnliche Drohungen ausgestoßen. Der Ministerrat kam deshalb zu der einhelligen Auffassung, daß die Regierung sich eine derartige Auflehnung nicht bieten lassen dürfe und nicht auf die Geltendmachung der Staatsautorität verzichten könne. Deshalb wurde einstimmig die Verhängung des Ausnahmezustandes beschlossen. Dieser Beschluß war ohne jede Einwirkung von sozialdemokratischer Seite zustandegekommen. Es ist falsch, daß auf den Minister des Innern von der Reichsregierung ein Druck in der Richtung eines Eingriffes gegen die Nationalsozialisten ausgeübt worden sei. Bei der nunmehrigen Beurteilung der Vorgänge muß man ausgehen von der Sachlage, wie sie am Donnerstag abend und Freitag vormittag gegeben war. Die nationalsozialistische Bewegung, deren vaterländischer Kern anerkannt wird, ist seit langem in ein für die öffentliche Ordnung außerordentlich empfindliches Fahrwasser geraten.

Eine Menge von Einzelausschreitungen und gewaltätigen Belästigungen Andersdenkender, schwere Ausbrüche und unerlaubte Durchzüge durch den Bannkreis, haben sich in den letzten Wochen ereignet, wozu noch der gröbliche Landfriedensbruch im Hotel Grünwald kam. Sollte das alles nicht ausreichend sein, um der Regierung die Pflicht aufzuerlegen, durch Verhängung des Ausnahmezustandes in den Besitz der unentbehrlichen Befugnisse zu kommen, um für alle Fälle gerüstet zu sein? Unverkennbar war die psychologische Wirkung des Ausnahmezustandes die, daß eine gewisse Beruhigung geschaffen wurde. Ich will die Erklärung Hitlers gelten lassen, daß von vornherein Putschabsichten nicht bestanden. Aber wer möchte eine unbedingte Gewähr dafür übernehmen, daß während einer dreitägigen Massenveranstaltung explosive Erschütterungen sich nicht einstellen, zumal eine große Anzahl auswärtiger Teilnehmer zu erwarten war. War doch die Befürchtung gerechtfertigt, daß wir möglicherweise eine Neuauflage jener

unseligen Novembertage 1918

erleben, wo auch nicht die Münchener, sondern auswärtige Zuzügler Herren der Straße waren. Wer wagt es, zu behaupten, daß ohne Verhängung des Ausnahmezustandes, dessen dämpfende und einschränkende Wirkung unverkennbar war, alles so verlaufen wäre, wie es jetzt der Fall war. Ich bitte ferner, den Entschluß der Regierung im Zusammenhang mit der innen- und außenpolitischen Lage zu würdigen. Welches Schauspiel wäre es für die Franzosen geworden, wenn sich in München gewalttätige Ausschreitungen ereignet hätten. Das Vorgehen der bayerischen Regierung hat bei der Reichsregierung volles Verständnis gefunden und die bayerische Regierung ist der Reichsregierung nicht in den Rücken gefallen! Wohl aber lag die Möglichkeit vor, daß das seitens der nationalsozialistischen Bewegung geschehen würde. Der Ministerpräsident betonte dann ferner, daß am Freitag abend Hitler vor der Polizeidirektion Erklärungen abgegeben hat, die, wenn sie am Tage vorher abgegeben worden wären, es kaum nötig gemacht hätten, zur Maßnahme des Ausnahmezustandes zu schreiten.

Nachdem die Veranstaltung stattgefunden hat, konnte wohl die Auffassung herrschen, daß Hitler alles erreicht habe, was er ursprünglich gewollt hat und daß er auf der ganzen Linie triumphiert habe. Die Sache verhält sich aber doch wesentlich anders. Wäre der Ausnahmezustand nicht gekommen, hätten wir erleben müssen, daß die Nationalsozialisten sich als unbeschränkte Herren Münchens gebärdet hätten. Der Ministerpräsident sagte dann über das

Verhalten des Polizeipräsidenten,

der im Gegensatz zu der Auffassung des Ministers des Innern weitergehende Zugeständnisse machte, daß sich der Polizeipräsident in einer Lage befunden habe, wie etwa ein Unterführer, der im Kriege an exponierter Stellung steht und nach pflichtgemäßem Ermessen seine Entscheidung zu treffen hat.

*

Anstatt dem Landtag und der Oeffentlichkeit Aufklärung zu geben, warum der Ausnahmezustand gegen die Hitler-Garden nicht angewandt wurde, nachdem er gerade wegen ihrer frechen Drohungen verhängt war, behilft sich der Ministerpräsident damit, um Entschuldigung wegen eben der Erklärung des Ausnahmezustandes zu bitten. Bei Gott, es war nicht bös gemeint. . . .

Verboten bleiben auf Grund des Ausnahmezustandes die sozialdemokratischen Versammlungen und das kommunistische Blatt. Die Fascisten können treiben, was sie wollen, wenn sie sich nur rechtzeitig mit dem „Unterführer" Nortz verständigen. Hoffentlich macht der Reichstag durch diese Rechnung einen Strich.

Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, im Laufe der nächsten Woche den Parteiausschuß und an einem folgenden Tage die Redaktionen der Parteipresse zu einer Besprechung der politischen Lage nach Berlin einzuladen.

Der kommunistische Parteitag.

Mehr denn je stehen die Auseinandersetzungen auf dem kommunistischen Parteitag im Zeichen der heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, der Richtung der Zentrale und der der Berliner Opposition. Im Mittelpunkt der Debatten am Dienstag das temperamentvolle Referat Klara Zetkins, gegen die Ruth Fischer als Wortführerin der Linken opponiert.

Klara Zetkin wirft der Opposition vor, daß sie die 21 Bedingungen verletze, weil sie sich der Kontrolle der Partei entziehe durch Bildung von Fraktionen und eigenen Organen. (Natürlich innerhalb der KPD.) Die Berliner Bewegung habe die Betriebsrätebewegung sabotiert, sie habe erklärt, man könne den Berliner Arbeitern nicht zumuten, den Himmelfahrtstag dafür zu opfern. Es gäbe nur eine Gefahr des Wortradikalismus, hinter den sich die Passivität verberge. Die Spatzen pfiffen es in Berlin von den Dächern, was die Berliner mit ihrer Fraktionsbildung beabsichtigten. Sie fordert die Opposition auf, die Waffe gegen den Feind zu richten. (Und nicht gegen die Partei!)

Als der Vorsitzende den Schlußappell der Zetkinschen Rede benutzt, um ein Hoch auf Klara Zetkin ausbringen zu lassen, und auf diese Weise die Linke in eine unbequeme Situation zu manövrieren, kommt es zu stürmischen Szenen. Maslow beantragt, den Vorsitzenden seines Amtes zu entheben. Der Antrag wird zurückgenommen.

Am Mittwoch referiert Brandler über die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterbewegung. Er betont einleitend, daß die scharfen Differenzen auf dem Parteitag keine Spaltung der Partei bedeuten. Auch er wendet sich gegen die Linke. „Die jüngeren Genossen dürfen die Alten, die eine 20jährige Erfahrung in der Arbeiterbewegung haben, nicht Opportunisten schelten. Es kommt nicht auf die Steigerung der Parolen an, sondern auf die Kraft der Bewegung, deshalb ist es nicht nötig, immer von der Diktatur des Proletariats zu reden! Zu den gegebenen Tatsachen muß Stellung genommen werden, nur so hat die Einheitsfront Sinn." Zur Frage der Arbeiterregierung erklärt er: „Ihr Zustandekommen darf nicht etwa davon abhängig gemacht werden, daß die Arbeiterschaft bereits bewaffnet ist. Ebensowenig dürfen die Kommunisten ihre Herrschaft erst dann antreten, wenn sie die Sozialdemokratie vernichtet haben. In Sachsen ist die Lage jetzt so, daß die Kommunisten bereit sein müssen, mit der VSPD die Macht zu ergreifen und zwar mit den Mitteln, die jetzt vorhanden sind."

Als Korreferent betont Maslow-Berlin für die Linke: Die kommenden Kämpfe müssen zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führen. Wenn diese nicht kommt, dann kommt die Diktatur des Fascismus. Massenbewegung mit dem Ziel der Machteroberung muß die Taktik der Einheitsfront sein, aber nicht die jetzt bestehenden staatlichen Machtmittel dürfen benutzt werden, wie Brandler meint. Vielmehr gilt es, diese zu zerstören. Die Arbeiter müssen sich mobilisieren gegen ihre sozialdemokratischen Führer. Das ist das Gebot der Stunde, vor allem jetzt in Sachsen, sonst kommen unbedingt die fascistischen Vorstöße. Das Ziel der Kommunisten ist die Diktatur des Proletariats und die Rätediktatur.

In der Diskussion betont Böttcher-Leipzig:

„Die Partei sei bereit, die Verantwortung für die Regierungsbildung auf sich zu nehmen, aber nur gegen die Bürgerlichen, jedoch im Verein mit den Sozialdemokraten."

Es sind über 35 Diskussionsredner eingetragen, von denen jeder eine andere Auffassung von der Arbeiterregierung dem augenblicklichen kommunistischen Allheilmittel hat. Die entscheidenden Abstimmungen haben noch nicht stattgefunden.

Nationalistische Kundgebungen.

Königsberg, 1. Februar. (WTB.) Gestern in den Abendstunden kam es vor dem Zentral-Hotel am Paradeplatz zu großen Kundgebungen gegen die dort wohnenden französischen Offiziere der alliierten Kontrollkommission. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich vor dem Hotel angesammelt und verlangte unter dem Absingen vaterländischer Lieder den Abzug der französischen Offiziere. Als die erregte Menge sich anschickte, in das Vestibül des Hotels einzudringen, ging die Polizei vor und drängte die Demonstranten zurück. In der zehnten Abendstunde wurde der Platz vor dem Hotel von der Polizei geräumt, die zu dem Platz führenden Straßen wurden gesperrt. Einzelne geschlossene Trupps zogen noch in den späten Abendstunden singend durch die Straßen. Auch vor dem Hotel Kreutz, in dem Angehörige der interalliierten Kontrollkommission untergebracht sind, wurden Kundgebungen veranstaltet.

(Das nächtliche Singen ist für die Beteiligten ungefährlich. Es ist aber auch nicht ersichtlich, wem es irgendwie nützen sollte. D. Red.)

Die Kohlenversorgung Bayerns.

München, 31. Januar (TU.) Am Dienstag vormittag fand im bayerischen Handelsministerium eine Sitzung statt, an der etwa 20 führende Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft teilnahmen und in der die Frage der Kohlenversorgung der bayerischen Industrie zur Sprache kam. Dabei wurde mitgeteilt, daß die bayerische Industrie für etwa drei bis vier Monate mit Kohlen versorgt ist.

Die Wahlpflicht abgelehnt. Die Anträge auf Einführung der Wahlpflicht, die gestern im Rechtsausschuß des Reichstags zur Beratung kamen, sind nicht angenommen, wie heute morgen irrtümlich berichtet wurde, sondern gegen wenige Stimmen abgelehnt worden.

Passage défendu.

Von Hans Wesemann.

Mittelalterlich bunt mit verfallenden Mauern und angeklebten Häuschen steht der Burgfelsen von Breisach hoch über dem jungen Rhein, der zischend und sprudelnd seine eisengrauen Wellen über Sandbänke und Riffe talwärts führt. Schwere Schneewolken ziehen langsam vom elsässischen Ufer herüber, sie streifen fast die Häupter der hohen Uferpappeln und lassen nur einen kleinen Blick auf den fernen Schnee der Vogesen. Der Schwarzwald ist verborgen unter lastendem Nebel, Nässe und trübsinniges Schweigen liegt auf dem gesegneten Weinländchen des Kaiserstuhls, und die kleine Stadt, die wie eine Reinhardtsche Theaterdekoration wirkt, gibt keine Erinnerung mehr an einen Sommen voll immerwährender Sonne und seinem Duft von jungem Wein und Blumen.

Drüben, sehr nahe, liegt das Elsaß. Durch gewundene Gassen steigt man zum Ufer nieder. Der Rhein liegt versteckt hinter Gestrüpp und Uferbäumen, erst unmittelbar vor der breiten Pontonbrücke sieht man ihn. Er ist leer, nicht der kleinste Kahn ist zu sehen, auch die Ufer sind verlassen. Eine kleine Holzbude am deutschen Ufer dient als Zollstation. Aber der Wächter hat gute Tage und kann in aller Ruhe seine Pfeife rauchen, man nimmt ihn nicht oft in Anspruch. Drüben liegen einige Schuppen und Häuser, aber man sieht keine Leute dort, nur ein einziger, einsamer „Poilu" steht am Ufer und philosophiert mit frierender Nase. Sonst ist wenig vom feindlichen Ausland zu entdecken und kein handgranatenschwingender Senegalese hindert einen Spaziergang nach drüben. Aber stärker als alles andere ist eine einfache Holzstange, die vor den Eingang der Brücke gezogen ist. Ein kleines Schild hängt an ihr mit der Inschrift: „Passage défendu!" Durchgang verboten! Jawohl, das ist es. Hüben und drüben Millionen von Menschen, die zueinander möchten, aber die unbegreifliche Weisheit einer hohen Macht hängt ein Holztäfelchen auf: „Durchgang verboten!" Und siehe da, niemand geht hinüber. Es sei denn, um einander zu massakrieren. Warum? Weil es verboten ist oder, meinetwegen auch, weil es befohlen wird. Poincaré und Ludendorff, ihr seid Brüder im Geiste, reicht euch die Hand. —

Aber nachher sitzt man allein in dem hohen Münster, es ist dämmerig hell, von der Orgel her dringt verlorenes Spiel, und in unbeirrter klarer Schönheit lächelt eine hohe Madonna aus ihrem Rahmen herab. Sie weiß es, das Spiel bleibt immer dasselbe. Immer wieder muß der Geist den Kampf gegen die Gewalt aufnehmen, aber über Tod und Zerstörung hinweg nimmt das Leben seinen Gang.

Nachher fährt man im rumpelnden Zuge nach Freiburg zurück. Studenten mit bunten Kappen lärmen und sind sehr patriotisch. Ein paar gutgenährte Bauern erzählen von Schweinepreisen und Weinverkauf. Aber zwei alte Weibchen tuscheln zusammen über die Teuerung, sie haben keine Devisen und keine fetten Schweine, sie haben auch kein Interesse an dem Rachekrieg gegen Frankreich, den soeben ein narbengeschmückter Jüngling verkündet, sie wissen nur, daß ihr kleines bescheidenes Leben durch sinnlose und grausame Gewalten zerstört wird, gegen die ihre schwache Kraft keine Hilfe weiß. „Für uns arme Leute, is e schwere Zeit", sagt die eine. Dann schweigt sie mit einem schweren Seufzer. Die Studenten singen im Chor „Die Wacht am Rhein."

Das Theater in der Kommandantenstraße brachte ein Drama aus der hohenzollernschen Familiengeschichte, Hermann Burtes „Katte". So hieß der junge Offizier, der mit dem damaligen Kronprinzen, dem späteren „Friedrich dem Großen", befreundet war und den bei seinem Fluchtversuch geleisteten Beistand auf Befehl des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. mit dem Tode büßen mußte. Das Zerwürfnis zwischen Friedrich und diesem brutalen Korporal-Monarchen, der seine eigene Familie eben so despotisch wie seine „langen Kerle" und die Untertanen überhaupt traktierte, ist neuerdings wiederholt auf der Bühne wie im Film behandelt worden. Und sicherlich bieten die Vorgänge (über die auch Friedrichs eigene Schwester, die Markgräfin von Bayreuth, in ihren Memoiren berichtet) sensationelle Kontraste und Spannungsreize. Ein Herrscher, der durch Mißhandlung und Unterdrückung den Sohn zur Flucht treibt, der den Eingefangenen im ersten Zorn hinrichten lassen will und ihn dann, gnädiger gestimmt, zwingt, die Enthauptung des Freundes selbst mit anzuschauen, ist auch in der ruhmreichen Familienhistorie der Monarchie eine Seltenheit. Wozu dann obendrein die „patriotischen" Hintergründe kommen. Die höhere Einheit der Verfeindeten als Diener an der „Größe" Preußens, der Vater als Schöpfer der Armee, mit welcher Friedrich seine Schlachten schlug. Mit Kunst hat solche Rechnung freilich nichts zu tun.

Das neu hervorgeholte, vor ein paar Jahrzehnten geschriebene Stück macht sich das Stoffliche nicht ungeschickt zunutze. Von irgendeinem ernsthaften Versuche, durch psychologische Ausgestaltung der Titelhelden zu interessieren, ist nicht die Rede. Katte spricht anfangs ein paar Worte, die auf derlei Intentionen des Autors zu deuten scheinen, aber diese Fäden reißen gleich wieder ab. Am Schlusse, vor der Hinrichtung, werden ihm preußische patriotische Sentenzen in den Mund gelegt. Die Szenen wirken wie Bilderbogen aus der preußischen Hofhistorie. Auch die Intriguen, die um die Verheiratung von Friedrichs Schwester spielen, sind nicht vergessen und müssen zu einigen aktuellen Seitenhieben auf englische Politik herhalten. Der Schwerpunkt des Dramas liegt in der Figur des Königs, der bei seiner blutigen, rachsüchtigen Kabinettsjustiz mit dem tönenden Wahlspruch: „Fiat justitia, pereat mundus" (es geschehe Recht, und wenn die Welt zugrunde geht) auftrumpft. Herr Valentin brachte die dankbare Rolle vortrefflich zur Geltung. Jugendlich sympathisch gab Clemens Schubert den Leutnant von Katte. Der Beifall des Publikums hatte in seiner Stärke demonstrativen Beigeschmack.

dt.

Paul Marion aus Gera gastierte im Charlottenburger Opernhaus als Cavaradossi in Tosca. Eine wunderhübsche, italienisch gebildete Tenorstimme lebte sich in lyrischen Gebilden wohlig aus. Doch trägt das Organ, das sich im Konzert so voll ausnahm, nicht weit. Auch ist Marion wohl an der kleinen Bühne in Gera daran gewöhnt worden, mit seiner Stimme hauszuhalten. In Charlottenburg hörte man stellenweise sehr wenig, zumal das Orchester furchtbar loslegte. Eine gewisse Schüchternheit im Anfangsspiel legte sich bald, so daß die Anklage im zweiten Akt sehr dramatisch gelang. Noch ein paar Jahre Routine und Marion könnte in Charlottenburg mit Laubenthal alternieren. Frau Salvatini als Tosca ist auch in mittlerer Laune sehr tüchtig. Die gemütliche Onkelhaftigkeit des Scarpia aber wäre selbst für die Sommerzeit nicht verwendbar. Ein schiefer Mund bedeutet noch nicht Charakterisierung. Gäste genug haben ihn gespielt. Ein bißchen besser imitieren!

K. S.

Eine Temperatur von 20 000 Grad! Der amerikanische Physiker J. A. Anderson hat ein Verfahren erfunden, das gestattet, Temperaturen zu erreichen, die die Sterntemperaturen noch übertreffen. Das Verfahren besteht darin, daß man einen elektrischen Kondensator von hoher Kapazität auf eine Spannung von 30 000 bis 100 000 Volt lädt, und ihn dann durch einen äußerst feinen Draht plötzlich entlädt. Dabei leuchtet der Draht einmal in blendender Helle auf und zerstäubt zu einem Dampf, der eine Temperatur von mehr als 20 000 Grad erreicht. Diese Temperatur läßt sich sowohl aus der Lichtstärke bestimmen, als auch aus dem hohen Druck, den das Gas auf die Wände des Gefäßes ausübt, in das der Draht eingeschlossen ist. Photographische Aufnahmen mit dem Drehspiegel haben ergeben, daß die Explosion nur etwa $^{1}/_{500000}$ Sekunde dauert. Die mechanischen Wirkungen sind außerordentlich. In dem Augenblick, in dem der Draht explodiert, zerspringt das Gefäß in tausend Stücke, und wenn das Gefäß mit Wasser gefüllt ist, so zerstäubt auch dieses vollständig. Zwei amerikanischen Physikern, L. Wendt und Clarence E. Irion, gelang es, diese Explosion in besonders für diesen Zweck hergestellten Glaskugeln von etwa 300 Kubikzentimetern Rauminhalt auszuführen, die durch den Druck nicht zerstört wurden, und es somit gestatteten, die entstandenen Gase zu untersuchen.

Im Deutschen Theater muß die für heute angesetzte Vorstellung von „Kabale und Liebe" ausfallen. In den Kammerspielen geht in Abänderung des Spielplans Freitag „Das Glas Wasser" in der Premierenbesetzung in Szene.

In der Tribüne findet die angesetzte Uraufführung von der „Gedanke" von Andrejew Dienstag, 6. d. M., statt.

In dem Mittagskonzert der Staatsoper (veranstaltet Sonntag 11½ Uhr zum Besten der bedrängten Deutschen an Rhein und Ruhr zu ermäßigten Preisen) lautet das Programm: Egmont-Ouverture von Beethoven, Im Treibhaus, Schmerzen, Träume von Richard Wagner, Sinfonia domestica von Richard Strauß. Solistin: Karin Branzell.

Ozean-Rekorde. Der Dampfer „Majestic", der frühere „Bismarck", hat, wie „Werft, Reederei, Hafen" mitteilt, einen neuen Schnelligkeitsrekord aufgestellt. Er hat die Fahrt von New York nach Cherbourg, eine Strecke von 3100 Seemeilen, in 5 Tagen, 6 Stunden und 13 Minuten zurückgelegt. Damit ist die „Mauretania" geschlagen, die die gleiche Strecke in der bisher kürzesten Zeit von 5 Tagen, 8 Stunden und 9 Minuten bewältigte.

Keine Abberufung Lord Abernons!

Eine tendenziöse Meldung der „Daily Mail".

Die durch und durch französische „Daily Mail" meldet heute früh in positiver Form die Abberufung des englischen Botschafters in Berlin Lord d'Abernon und seine Ersetzung durch Sir William Tyrrell, der in Paris, vielleicht sehr zu Unrecht, als der eigentliche franzosenfreundliche Leiter der englischen Außenpolitik gilt.

Diese Nachricht wäre von außerordentlicher Bedeutung, wenn sie richtig wäre. Denn Lord d'Abernon wird von der offiziellen französischen Presse seit Monaten mit grenzenlosem Haß verfolgt und seine Abberufung wird in den Pariser Blättern fast täglich gefordert. Wie uns aber von hiesiger, bestunterrichteter englischer Seite versichert wird, ist an dieser Meldung nicht ein wahres Wort. Da die Nachricht von „Daily Mail" lanciert sei, zeige sie alle Merkmale eines tendenziösen Versuchsballons im Sinne der Pariser Politik. „The wish is father of the thought" — Der Wunsch ist der Vater des Gedankens, wurde treffend hinzugefügt.

Die englische Schuldentilgung.

London, 1. Februar. (WTB.) Reuter meldet amtlich: Die britische Regierung hat die amerikanischen Bedingungen wegen Rückzahlung der britischen Kriegsschulden an Amerika angenommen. Die Bedingungen lauten: 3 Proz. Zinsen während 10 Jahre, danach 3½ Proz., ferner eine Ablösungszahlung von ½ Proz. und Rückzahlung der gesamten Schuld binnen 62 Jahren.

London, 1. Februar. (WTB.) Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht der in der gestrigen Sitzung des britischen Kabinetts gefaßte Beschluß, die amerikanischen Bedingungen für die Fundierung der englischen Schuld anzunehmen. Die Blätter heben den in den Vereinigten Staaten hervorgerufenen günstigen Eindruck hervor. Laut „Daily Chronicle" ist auch die Londoner City darüber befriedigt, daß das britische Kabinett ohne Verzug den Bedingungen zugestimmt hat. „Westminster Gazette" zufolge beträgt der durchschnittliche Zinsfuß beinahe 4 Proz., während die jährlichen Zahlungen etwa 31 Millionen Pfund Sterling ausmachen werden. Man erwarte, daß der amerikanische Senat die Bedingungen gutheißen wird.

Absage an die Arbeiterpartei.

London, 1. Februar. (WTB.) Bonar Law hat dem Führer der Arbeiterpartei Ramsay Macdonald auf dessen im Namen der parlamentarischen Arbeiterpartei gestellten Ersuchen, das Parlament vor dem 13. Februar einzuberufen, um eine Besprechung der Ruhrfrage zu ermöglichen, geantwortet, daß er diesem Ersuchen nicht stattgeben werde.

Kohlennot in Frankreich.

Eine Folge der Ruhrbesetzung.

Paris, 1. Februar. (WTB.) Die unter dem Namen Société des Cokes des Hauts-Fourneaux tätige französische Koksverteilungsorganisation beliefert mit Hilfe der deutschen Kokszufuhr auf Grund des Friedensvertrages die französischen Werke bis zu 40 bis 50 Proz. ihrer Aufnahmefähigkeit zu Vorzugspreisen. Der Kokspreis bis zu dieser Grenze war für Februar dieses Jahres ursprünglich auf 110 Frank pro Tonne angesetzt, während die darüber hinausgehenden Lieferungen mit 155 Frank berechnet werden sollten. Diese Preise sind, wie „Journée Industrielle" mitteilt, jetzt annulliert und auf 150 bzw. 200 Frank heraufgesetzt worden. Das gleiche Blatt erfährt aus Lille, daß die Regierung sich mit den Kohlengruben in Nordfrankreich darüber verständigt hat, daß diese, bevor der Bedarf der übrigen Kunden befriedigt wird, die Eisenbahngesellschaften beliefern, vor allem das Nord- und Ostbahnnetz, die bisher ihre Kohle zum größten Teil aus dem Ruhrgebiet erhielten, die Staatsbahnen und die Eisenbahngesellschaft Paris—Orleans. Die Südbahngesellschaft, die Eisenbahngesellschaft Paris—Lyon—Mittelmeer sind ersucht worden, sich bis zur Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet ihre Kohle in England zu verschaffen. Die französischen Kohlengruben sind infolgedessen genötigt, die Lieferungen an ihre früheren Kunden soweit einzuschränken, daß auch diese zum Teil auf Importkohle angewiesen sind. Die Gießereien der Gegend von Lille müssen sich so zurzeit mit 50 bis 60 Proz. ihres bisherigen Bezuges aus den nordfranzösischen Gruben begnügen.

Rheinland und Frankfurt.

Paris, 31. Januar. (EE.) Dem Ministerrat wohnte heute der Finanzsachverständige Tannery bei, der aus Düsseldorf gekommen war, um über die Frage des neuen Geldes Bericht zu erstatten. Lösungen sein in Sicht. Tannery kehrt heute nach Düsseldorf zurück. De Lasteyrie erklärte dem „Echo de Paris", der Sturz des Frank sei auf auswärtige Börsenspekulationen zurückzuführen. Doch sei der Finanzminister persönlich überzeugt, daß noch heute ein Umschlag erfolgen werde.

Japanische Gewerkschaften protestieren.

Hamburg, 31. Januar. (WTB.) Nach einem hier eingetroffenen Kabeltelegramm aus Tokio haben am 27. Januar die Delegationen von mehr als 30 japanischen Gewerkschaften versucht, vor der französischen Botschaft in Tokio gegen die Besetzung des Ruhrgebiets zu demonstrieren. Die Ansammlungen wurden von der Polizei zerstreut.

Die gesetzliche Abfindung der Wittelsbacher. Die Verhandlungen zwischen dem früheren bayerischen Königshaus und der bayerischen Regierung über die Abfindungssumme sind zum Abschluß gekommen. Der Gesetzentwurf über das Abfindungsgesetz wird in den nächsten Tagen dem Landtag zugehen.

Devisenkurse.

	1. Februar		31. Januar	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	16359.—	16441.—	19276.68	19373.32
1 argentinische Papier-Peso	14962.50	15067.50	17903.12	17994.88
1 belgischer Frank	2144.62	2155.38	2543.62	2556.38
1 norwegische Krone	7680.75	7719.25	8952.56	8997.44
1 dänische Krone	7880.25	7919.75	9251.81	9298.90
1 schwedische Krone	11072.75	11127.25	13067.25	13132.75
1 finnische Mark	1035.40	1040.60	1177.05	1182.95
1 japanischer Yen	20199.37	20300.63	22393.87	22560.13
1 italienische Lire	1960.08	1969.92	2304.22	2315.78
1 Pfund Sterling	192517.50	193482.50	226931.25	228068.75
1 Dollar	**41396.25**	**41603.75**	**48877.50**	**49122.50**
1 französischer Frank	2453.85	2466.15	2877.78	2892.22
1 brasilianischer Milreis . .	4688.25	4711.75	5236.87	5263.13
1 Schweizer Frank.	7780.50	7819.50	9117.15	9165.85
1 spanische Peseta	6448.83	6481.17	7471.27	7508.73
100 österr. Kronen (abgest.) .	57.85	58.15	66.13	66.47
1 tschechische Krone	1177.05	1182.95	1346.62	1353.38
1 ungarische Krone	15.71	15.79	18.05	18.15
1 bulgarische Lewa	251.37	252.63	274.31	275.69
1 jugoslawischer Dinar. . . .	379.05	380.95	416.45	418.55

Für Ausbau des Reichsmietengesetzes

In einer sehr stark besuchten Versammlung der zur Partei gehörenden Mietervertreter aus Groß-Berlin sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Kuhnt über das Reichsmietengesetz in der Praxis. Anknüpfend an die durch die Ruhrbesetzung noch verschärfte Notlage des deutschen Volkes wies er darauf hin, daß die nächste Zeit eine neue Erschwerung des Wohnungsbaues und daher eine weitere Steigerung der Wohnungsnot bringen wird.

Der Redner gab einen kurzen Ueberblick über die Mieterschutzgesetzgebung, die im Werden ist und das alte Verhältnis des Mieters zum Hauswirt vollständig umgestalten will. Zu der von den Hauswirten angestrebten Wiederaufrichtung der freien Wohnungswirtschaft darf und wird es nie kommen, wenn das Proletariat, dem die Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens als Ziel vorschwebt, sich seiner Aufgabe bewußt bleibt. Das Reichsmietengesetz, das mit dem Mieterschutz einen Anfang macht, ist das Ergebnis eines leider notwendig gewesenen Kompromisses. (Zuruf: So sieht es aus!) Am schärfsten bekämpften es aber die Hausbesitzer, woraus die Mieter folgern können, wie unbequem es dem Hausbesitz doch sein muß. (Zustimmung.) Dank dem Reichsmietengesetz kann heute, sagte Genosse Kuhnt, wenigstens bei bebauten Wohngrundstücken von einer wirklichen Bodenrente nicht mehr geredet werden, da es die Verzinsung des in ein Wohnhaus hineingesteckten eigenen oder fremden Kapitals nicht in Gold, sondern nur in Papier ermöglicht. Dafür fallen dem Mieter

die Kosten des Hausbetriebes und der Instandsetzung

zur Last. Hier muß durch Gesetzgebung und Gesetzausführung sowie durch Wachsamkeit der Mieterschaft selber vorgesorgt werden, daß nicht Ausgaben und Zuschläge die Mieter erdrücken. Die erst nach 1914 zugezogenen Mieter müssen zum Schutz vor Uebervorteilung besonders auf richtige Festsetzung der Grundmiete achten, weil nach ihr alle Zuschläge bemessen werden. Die Betriebskosten dürfen nicht zu unerschwinglichen Summen ansteigen, darum muß auf möglichste Niedrighaltung der öffentlich-rechtlichen Abgaben (z. B. Grundsteuer) und der Gebühren für Wasser, Licht usw. hingearbeitet werden. Dasselbe gilt von den Kosten der großen und laufenden Instandsetzungen, so sehr es bei dem jetzigen Zustand der meisten Häuser zu wünschen wäre, daß mit bedeutenden Aufwendungen und dann auch entsprechend hohen Zuschlägen endlich einmal die Schäden beseitigt würden. Die Mietervertretung überwacht die Verwendung der Zuschläge, aber dazu ist Sachkenntnis erforderlich, auf die bei der Auswahl der Vertreter gesehen werden muß. (Zustimmung.) Der Referent ging hier näher auf den in der Mieterbewegung noch herrschenden Wirrwarr ein, dessen Planlosigkeit den Interessen der Mieterschaft nur schadet. Er forderte eine organisatorische Zusammenfassung in ganz Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Besprechung mit dem Deutschen Mieterbund (Sitz Dresden) hat

der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mitarbeit versprochen,

doch sollen die spezifischen Mieterangelegenheiten den Mieterorganisationen überlassen bleiben. Zur Frage des Mieterstreiks warnte Genosse Kuhnt davor, bei jeder Kleinigkeit nach dieser Waffe zu rufen. Im äußersten Fall werde man auch sie anwenden müssen, aber darüber dürfe man nicht im Zweifel sein, daß ein Mieterstreik sich sehr viel schwerer als ein gewerkschaftlicher Streik durchführen läßt. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Der Redner schloß mit der nochmaligen Mahnung, sich mit dem RMG. immer mehr vertraut zu machen und die richtige Verwendung der Zuschläge zu kontrollieren. Abfinden müsse sich aber der Mieter damit, daß bei der allgemeinen Steigerung aller Preise auch die Aufwendungen für die Wohnung nicht so bleiben konnten wie sie in der Zeit vor dem Kriege waren. Die Uebertreibung, die sich dieser Tatsache verschließt, sei bei Lichte besehen Arbeit für die Hausbesitzer und ihr Ideal der freien Wohnungswirtschaft, Arbeit gegen das Proletariat und unser Ziel einer Sozialisierung des Wohnungswesens. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die **Ausführungsbestimmungen des Berliner Magistrats** zum RMG. referierte dann Genosse Dzienck als Vertreter des deutschen Mieterbundes. Aus seinen lehrreichen Darlegungen, die sich auf viele Einzelheiten erstreckten, sei hier nur hervorgehoben, daß er die Berliner Bemessung der Grundmiete auf 80 Proz. der Friedensmiete als eine Schädigung der Mieter tadelte. Bei besonderen Einrichtungen eines Hauses, wie z. B. Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung usw., die in Großstädten zu den Notwendigkeiten gehören, können noch weitere 10 Proz. von der Friedensmiete abgezogen werden, so daß die Grundmiete sich auf 70 Proz. ermäßigt. Berlin hat das unterlassen, mußte es aber nachholen. Auch Dzienck wandte sich gegen die fortgesetzte Erhöhung der öffentlichen Abgaben, die den Mietern zur Last fallen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern die Notwendigkeit der Mieterorganisationen betont. Genosse Kuhnt faßte in seinem Schlußwort das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß die Arbeiterschaft nicht gegen das RMG., sondern für den Ausbau dieses Gesetzes einzutreten hat. Es gehe um die ganze Lebenshaltung des Proletariats, das bei Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft sehr viel höhere Aufwendungen für die Wohnung machen müßte und dann von unerträglichen Mietesteigerungen die schlimmste Verelendung zu erwarten hätte.

Der Preiswahnsinn.

Die Fette an der Spitze.

Der Dollarstand von einigen zehntausend Papiermark hat seine Wirkung am gestrigen Lebensmittelmarkt gezeigt. Wie immer, so sind es wieder die Fettwaren, die am meisten den hohen Dollarstand zu spüren bekommen. Sie haben im Preise sehr stark angezogen.

Für Margarine wurde in der Zentralmarkthalle bis zu 4000 M. das Pfund gefordert, während die billigste, also die geringste Sorte, mit 2900 M. bezahlt werden mußte. Schweineschmalz und Naturbutter war selten zu haben, denn sie stellen ja zwei der wichtigsten Spekulationsfette dar. Erst wenn der Dollar weiter steigt, werden diese Sachen sichtbar werden und mit Preisen ausgezeichnet sein, die der „kaufmännischen Tüchtigkeit" alle Ehre machen und bei den Hausfrauen eine nur zu berechtigte Entrüstung erzeugen. Hier und da war Schweineschmalz mit 6500 M. und Naturbutter mit 5000 M. pro Pfund ausgepreist. Damit ist bis jetzt der höchste Fettpreis erreicht worden. Schmalz wurde infolge des etwas geringeren Butterpreises kaum gekauft und die winzigen Buttermengen, die angeboten wurden, waren bald verschwunden. Dagegen gab es Cocosfett in großen Mengen und kostete durchschnittlich 3800 M. pro Pfund. Rindertalg lagerte in großen Quantitäten auf den Verkaufstischen und war mit 4000 bis 4300 M. ausgezeichnet. Es fanden sich dafür aber ebenfalls nur wenige Käufer. Am Dienstag noch zahlte man etwa 500 Mark weniger pro Pfund. Das Steigen des Dollars verursacht nach Ansicht der „Fachleute" den hohen Fettpreis. Das Sinken kann aber nach Ansicht derselben „Fachleute" ein ebenso schnelles Fallen der Preise nicht nach sich ziehen, denn . . . . aber dafür gibt es ja tausend Gründe, die alle wohlfeil, d. h. das einzigste Billige bei dem ganzen Handel sind.

*

Seit einigen Tagen werden die sprunghaften Preissteigerungen auf dem Berliner Schweinemarkt von der Preisprüfungsstelle verfolgt, und auf die Initiative dieser Behörde ist es zurückzuführen, daß die Wucherpolizei ein größeres Aufgebot von Beamten nach dem Viehhof entsandt hat, um an den Markttagen den Verkauf zu überwachen. Ebenso ist die Polizei von der Preisprüfungsstelle ersucht worden, Sorge dafür zu tragen, daß die nach Berlin gelieferten Schweine auch unbedingt auf dem Berliner Viehhof zum Verkauf bleiben und nicht wieder anderweitig zur Erzielung noch höherer Preise versandt werden.

Um das Funkenmonopol.

Ein Kampf um den Profit.

Im Rahmen eines an sich unscheinbaren Zivilprozesses spielte sich vor der Patentkammer des Landgerichts I ein Prozeß ab, der für die Oeffentlichkeit von Interesse ist. Hinter den beiden Parteien, die sich gegenüberstanden, verbargen sich mächtige Industriegruppen, die in der Frage, ob die Funkentelegraphie in Deutschland dieselbe Freiheit genießen soll wie in Amerika, England oder Holland, einander heftig befehden. Dieser unter der Oberfläche geführte Kampf gewinnt noch besondere Bedeutung durch die Stellungnahme des Reichspostministeriums, das im Gegensatz zu den Postverwaltungen der genannten Länder der Freizügigkeit des Funkverkehrs das Monopol einiger weniger Firmen im Funkverkehr entgegensetzen will.

In Deutschland besteht eine ministeriell zugelassene „Rundfunk G. m. b. H.", die von den Firmen Huth, Lorenz und Telefunken gebildet wird. Diese Gesellschaft soll das Recht haben, Vorträge, Konzerte usw. mit ihren Aufnahme- und Sendeapparaten weiterzuleiten, so daß beispielsweise eine große Gesellschaft in einem beliebigen Saal in Berlin eine Opernaufführung in Dresden mit anzuhören vermag. Eine andere Industriegruppe, an deren Spitze die deutsche de Forest A.-G. steht, bemüht sich dagegen, die Genehmigung zu erhalten, drahtlose Hörapparate an Privatleute abzugeben, die dann in ihrem Heim die Vorteile der drahtlosen Uebermittlung genießen können. Der technische Leiter der de Forest-Gesellschaft ist ein im internationalen Funkwesen bekannter Fachmann Dr. S. Löwe, gegen den sich jetzt eine Klage der Monopolfirma Huth richtet. Dr. Löwe hatte mit der Firma Huth einen Vertrag geschlossen, nach dem er seine für die technische Funkentelegraphie zu machenden Erfindungen der Firma abzutreten hatte, während es ihm freistehen sollte, die Erfindungen, die die sogenannten Lehr- und Amateurfunkapparate betrafen, für sich zu verwerten. Dr. Löwe löste später seinen Vertrag mit der Huth A.-G. und trat bei der de Forest-Gesellschaft ein. Die Klägerin verlangte nun, daß durch einstweilige Verfügung Dr. Löwe bei Androhung einer Haftstrafe von je sechs Wochen verboten werde, für die de Forest-Gesellschaft tätig zu sein, da diese Gesellschaft für sie eine Konkurrenzfirma sei. Der Vertreter des beklagten Dr. Löwe erklärte, es handle sich in diesem Prozeß um den Kampf, der mit dem Monopol für die Funkentelegraphie ausgestatteten Firmen gegen die gesamte andere deutsche Industrie, der die Mitarbeit Dr. Löwes, der etwa 180 Patente für Funkentelegraphie besäße, äußerst wertvoll sei. Das von der Post einem kleinen Firmenkreis übertragene Monopol im Telefunkenverkehr sei eine große Gefahr für die Oeffentlichkeit und das Nachrichtenwesen. — Die Patentkammer wird das Urteil in diesem Prozeß in einigen Tagen fällen.

Konsumgenossenschaftsmitglieder! Heute (Donnerstag) 6 Uhr Generalversammlung im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16—23. Kein Genossenschafter darf fehlen. Nur eingeschriebene Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches haben Zutritt.

„Die Litfaßsäulen als Gesicht der Weltstadt." Die unter dieser Ueberschrift im heutigen Morgenblatt befindlichen und nicht zum Thema gehörenden Zeilen (Die westliche Villenstadt usw.) sind natürlich nur durch ein technisches Versehen an diese Stelle gelangt.

Das oberschlesische Grubenunglück.

Bisher 110 Todesopfer.

Zu dem Grubenunglück auf der Heinitz-Grube bei Beuthen wird mitgeteilt, daß bis gegen 9 Uhr vormittags **110 Tote** geborgen waren, die sämtlich in das Knappschaftslazarett geschafft worden sind. Es wird befürchtet, daß **noch weitere 40 bis 50 Tote in der Grube** liegen. Um Mitternacht gelangte die Rettungskolonne bis kurz vor die Unfallstelle. Sie mußte sich aber wieder zurückziehen, da diese dicht mit Gasen gefüllt war. Der Förderbetrieb auf der Grube ist bisher noch stillgelegt. Am Unglücksort spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Zahlreiche Familien sind ihres Ernährers beraubt.

Fleischvergiftungen in Freienwalde.

Fünf Personen gestorben.

Wie aus Freienwalde a. d. O. gemeldet wird, sind dort in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Vergiftungserkrankungen nach dem Genuß von Pferdefleisch aufgetreten. Soviel bisher feststeht, sind die Erkrankungen nach dem Genuß von gehacktem Fleisch entstanden, das von einem milzkranken Tier stammen soll. Bisher sind 5 Personen gestorben, darunter 3 Kinder. Die Toten sollen zur genauen Feststellung der Todesursache nach Berlin transportiert werden. Die Gesamtzahl der Erkrankungen in Freienwalde beziffert sich auf etwa 200—300 Personen. Davon mußten einige im Städtischen Krankenhaus untergebracht werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht. Die Ermittlungen der Freienwalder Polizei haben bisher ergeben, daß der Verkäufer des Pferdefleisches ein Roßschlächter Reschuleit ist, der nichts davon gewußt haben will, daß das geschlachtete Pferd milzkrank war. Die ganze Stadt befindet sich in großer Aufregung. Die Untersuchungen werden mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei und Sachverständiger aus Berlin zur Stunde noch fortgesetzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, überwiegend trübe und etwas nebelig mit weiteren Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Abt. Heute abend 7 Uhr wichtige Besprechung der Elternbeiräte und Funktionäre bei Kroll, Utrechter Str. 21. Die Funktionärausweise können abgegeben werden.

Sport.

Die gestrigen Boxkämpfe im Sportpalast brachten ein paar interessante Gegenüberstellungen deutscher Boxer. So stellte sich dem neugebackenen Weltergewichtsmeister Ernst Grimm der jugendliche, im geschickten Abwehrkampf verharrende Drehkopf-Düsseldorf. Grimm blieb Sieger nach Punkten mußte aber, besonders in den letzten der acht Runden, einiges einstecken. Einen guten Kampf lieferten auch Nausjoks-Domgörgen-Köln. In acht Runden bewies Nausjoks sein Draufgängertum ohne jedoch alle Situationen genügend auszunutzen. Auch Domgörgen bewies in der 7. und 8. Runde gute Schlagkraft, so daß der Kampf unentschieden endete. Auch der Kampf Hugentobler-Stuttgart, Höhl-Köln blieb unentschieden, zeigte aber Höhl zeitweise im Vorteil. Der Kampf Steffgen-Düsseldorf gegen Jörgensen-Dänemark endete sehr schnell durch einen Niederschlag, der den sympathisch kämpfenden Dänen in der 1. Runde fällte. Im Kampfe Tomkowiak-Essen gegen Kirschbaum-Köln errang Tomkowiak einen Punktsieg. In einer kurzen Kampfpause wurden über 16 Millionen Mark an Spenden für das bedrängte Ruhrgebiet aufgebracht, bei welcher Gelegenheit eine bekannte Filmdiva einen Kuß an einen Amerikaner für 100 holländische Gulden verkaufte. Das war Theater für das gefüllte Haus.

Gewerkschaftsbewegung

Aufruf der Transportarbeiter-Internationale.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation erläßt ein Manifest an die Transportarbeiter, Seeleute und das Eisenbahnpersonal aller Länder, in dem es heißt:

Auf Einladung des Vorstandes der Internationalen Transportarbeiter-Föderation traten am Dienstag, den 23. Januar, die Vertreter der Transportarbeiter- und Eisenbahneroganisationen Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Hollands zusammen, um zu beraten, ob und welche Maßnahmen seitens der Transportarbeiter-Internationale in den genannten Ländern genommen werden könnten. Ueberflüssig zu sagen, daß alle Anwesenden ohne Ausnahme die Besetzung verurteilten und persönlich bereit waren, das Aeußerste zu tun, damit die Arbeiterklasse sich gegenüber den militärischen Zwangsmaßnahmen zur Wehr setzt.

Gleichwohl mußte zugegeben werden, daß in den meisten Ländern ein tatsächlicher Widerstand in diesem Augenblick nur geringe Aussicht auf Erfolg haben würde. Prinzipielle und taktische Gegensätze im eigenen Lager haben die Arbeiterklasse gespalten und geschwächt; die andauernde und umfangreiche Arbeitslosigkeit hat weite Schichten des Proletariats demoralisiert. Die Folge dieser Zustände ist, daß in vielen Fällen das eigene Interesse stärker ist, als die Bereitwilligkeit, Opfer zu bringen für die nationale und internationale proletarische Solidarität.

Die Vertreter der Transportarbeiter und Eisenbahner der obengenannten Länder mußten bei dieser Zusammenkunft zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Arbeiterklasse zu einer Aktivität, und zu Opfern, wie sie von ihr verlangt werden, nicht bereit und nicht im Stande ist, den hohen Erwartungen und Anforderungen, die an sie gestellt werden, zu entsprechen.

Das Ruhrgebiet ist von französischen und belgischen Truppen besetzt — im Interesse nicht nur des französischen und belgischen, sondern des internationalen Kapitalismus. Die Arbeiter des Ruhrgebiets werden gezwungen, im Interesse des internationalen Kapitalismus Sklavenarbeit zu verrichten. Weitere Verwicklungen, blutige Zusammenstöße, ein neuer Weltkrieg drohen als Folge der militärischen Maßnahmen Frankreichs und Belgiens auszubrechen; Jammer und Elend, Blutvergießen und Massenmord, Leiden weit schrecklicher noch als die kaum überstandenen, bedrohen die Menschheit mit Untergang.

Kameraden! Die Vertreter der Transportarbeiter und Eisenbahner Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Hollands sowie die Leitung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation richten in diesen trüben und schweren Tagen den dringenden Appell an alle Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner, sich der Gefahren bewußt zu sein, die die Arbeiterklasse aller Länder bedrohen — Gefahren, die sie zum höheren Ruhm und im Interesse des Profits des internationalen Kapitalismus und Imperialismus unvermeidlich in einen neuen Weltkrieg hineintreiben, wenn die Arbeiterklasse nicht bereit ist, alles einzusetzen und wenn nötig sich selbst zu opfern, um den Ausbruch einer neuen Menschenschlächterei zu verhindern.

Februarlöhne der Gold- und Silberschmiede.

Die in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in ihrer gestrigen gut besuchten Versammlung im „Dresdener Garten" die Berichte über die letzten Lohnverhandlungen entgegen. Die Verhandlungen sind für Gold- und Silberarbeiter gesondert geführt worden. Für die Silberarbeiter berichtete Branchenleiter Helpt. Nach längeren Auseinandersetzungen haben die Arbeitgeber sich bereit erklärt, vom 1. bis 9. Februar eine Lohnzulage zu zahlen, die für Vollarbeiter 300 M., für Frauen 210 Mk., für Jungausgelernte 180 und für Jugendliche 108 M. auf den Stundenlohn betragen soll. Ferner sind sie bereit, für Januar nachträglich noch eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 7200 M. für Vollarbeiter, 5040 M. für Frauen, 4320 M. für Jungausgelernte und 2592 M. für Jugendliche zu zahlen. Die folgende Aussprache führte zur Annahme dieses Angebots.

Hierauf berichtete Henschel vom Metallarbeiterverband über die mit den Arbeitgebern in der Goldwarenindustrie geführten Verhandlungen. Die im Linden-Konzern vereinigten Arbeitgeber haben auf die Januarlöhne nachträglich außertariflich 6300 bis 7000 M. bewilligt, während vom Spittelmarkt-Konzern 3000 bis 7000 M. bewilligt worden sind. Die bestehenden Januarlöhne wollen sie vom 1. bis 8. Februar um 50 Proz., für die Zeit vom 9. bis 15. um 60 Proz. erhöhen, was einer Zulage auf den Stundenlohn von 286 bzw. 342 M. gleichkommt, so daß dieser sich in der 1. Klasse auf 855 bzw. 911 M. stellen wird.

Nach einer sehr regen Aussprache wurde auch dieses Angebot gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

Gehaltszahlung in der Metallindustrie.

Aus den Reihen der Angestellten des Siemens-Konzerns wird uns geschrieben: Der Dollar rast nach oben — die Kaufkraft der Gehälter sinkt. Das empfinden selbst die weniger Empfindsamen unter den Arbeitern und Angestellten. Der mit Spannung erwartete Schiedsspruch in der Metallindustrie übertraf die kühnsten Erwartungen — von der Kehrseite betrachtet! Die Zahlungsweise verdient noch mehr Lob: Man zahlte zwei Vorschüsse von je 10 000 Mark für die beiden niederen Angestelltengruppen und 20 000 M. für die oberen Gruppen. Diese Vorschüsse werden von dem Dezemberbruttogehalt, das am 31. Januar zur Auszahlung gelangt, abgezogen. 7—10 Tage später dürfte die Zahlung des Restgehaltes für Januar bewerkstelligt werden. Also nachdem das Geld durch weiter steigende Lebensmittelpreise und alle die bekannten Ursachen um neue 50—80 Proz. entwertet worden ist, erhalten die Angestellten endlich das Bettelgehalt für die im Januar geleistete Arbeit. Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften den maßgebenden Stellen in den Arbeitgeberorganisationen einmal klarmachen, daß auch den Angestellten rechtzeitig das Gehalt für die geleistete Arbeit gezahlt wird, um so mehr, als die Wiederbeschaffungspreisformel für die Arbeitnehmer zumindest die gleiche Geltung hat wie für die Arbeitgeber.

Französischer Gewerkschaftskongreß.

EP. meldet, daß der Kongreß sich gestern mit dem Vorschlage des kommunistischen Gewerkschaftsbundes befaßte, einen gemeinsamen Gewerkschaftskongreß abzuhalten und "die Einheit" der Gewerkschaften wiederherzustellen. D. h., die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehende CGT.-Gewerkschaften sollen sich den kommunistischen Gewerkschaften der Moskauer Richtung anschließen. Die Antwort auf diese Einladung wird von einer Kommission gegeben werden.

Die Kontrollkommission teilte dem Kongreß mit, daß 1424 Gewerkschaften auf dem Kongreß vertreten seien. Der Kongreß hörte sodann einen Bericht des Sekretärs der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam an, der seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß trotz des Protestes der Gewerkschaften es zu keiner nachhaltigen Aktion gegen die Besetzung der Ruhr gekommen sei.

Zwischen Amsterdam und Moskau.

Auf dem letzten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale sprach Losowsky sein Bedauern darüber aus, daß die norwegischen Gewerkschaften, die jetzt zum zweiten Male auf einem Gewerkschaftskongreß der Roten Internationale anwesend waren und deren Mitglieder zu 80 Proz. für den Anschluß an Moskau gestimmt hätten, immer noch abseits ständen und nicht den Mut hätten, sich anzuschließen. Einer der norwegischen Vertreter, Volan, antwortete hierauf, daß wohl 80 Proz. der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder für den Austritt aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund gestimmt hätten, aber daraus ergebe sich nicht, daß sie gleichfalls für den Anschluß an Moskau seien. Nur zwei der angeschlossenen Verbände, die der ungelernten Arbeiter und Gemeindearbeiter, hätten sich auf ihren Verbandstagen für den Anschluß ausgesprochen. Bei der Entscheidung über diese Frage müßten die norwegischen Gewerkschaften auch auf ihre internationalen beruflichen Verbindungen und auf das Zusammenarbeiten mit den skandinavischen Gewerkschaften Rücksicht nehmen; auch wäre es notwendig, die Frage zu lösen, ohne eine Zersplitterung der norwegischen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Hundert Millionen Pfund.

Aus einer Nummer des englischen Arbeiter-Tageblattes „Daily Herald": Der Vertreter des Gewerkschaftskongresses, Poulton, hat gelegentlich eines Empfanges beim Ministerpräsidenten zur Besprechung der Frage der Arbeitslosigkeit dargelegt, daß Staat und Gemeinde jährlich 100 Millionen Pfund für Arbeitslosenunterstützung verausgaben. In derselben Nummer: Sir Robert Cecil, der radikale englische Delegierte im Völkerbund, erklärte in einer Rede: Frankreich braucht für sein Heer jährlich 100 Millionen Pfund. — Die 100 Millionen für Arbeitslosenunterstützung reichten bei weitem nicht aus, um dem ohne seine Schuld Beschäftigungslosen den Lebensunterhalt zu ermöglichen, während die 100 Millionen des französischen Militarismus, welcher den Weltmarkt zerstört, dazu beitragen, das Heer der Arbeitslosen auch in England zu vergrößern.

Schiedsspruch im Schiffahrtsgewerbe. Der auf Ersuchen des Aktionsausschusses seemännischer Berufsverbände vom Reichsarbeitsminister eingesetzte besondere Schlichtungsausschuß hat einen Schiedsspruch gefällt, nach dem den Seeleuten aller Dienstgrade, ausgenommen die Kapitäne, auf alle Geldbezüge des Monats Dezember 100 Proz. Zuschlag für Januar zu bezahlen sind. Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis zum 2. Februar zu erklären. Die zu erwartenden Verhandlungen der zuständigen Verbände mit dem Zentralverein deutscher Reeder über eine entsprechende Erhöhung der Januargehälter für Kapitäne stehen noch aus.

Lohnsteuer in Rußland. Die Sowjetregierung hat für die Empfänger von Gehältern und Löhnen, die den tariflichen Höchstbetrag übersteigen, eine besondere Lohnsteuer eingeführt, die neben der allgemeinen Einkommensteuer durch Abzug vom Lohne zu erheben ist. Steuerpflichtig ist der Ueberschuß über den tariflichen Höchstbetrag. Die Steuersätze sind stark progressiv gehalten und betragen 6 Proz. bei 500, 10 Proz. bei 2500, 33 Proz. bei 5000 Rubel (= 5000 Millionen alter Rubel) usw. Also Lohnabzug in Rußland. In Rußland ist es eben etwas anderes.

Deutscher Werkmeisterverband. Die Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Werkmeister morgen um 5 Uhr findet ebenfalls im Klubhaus, Ohmstraße 2, statt.

Wirtschaft

Ein Kupfertrust in den Vereinigten Staaten im Entstehen. Die große amerikanische Kupfergesellschaft „The Anaconda Copper Company", welche durch die frühere Erwerbung der amerikanischen Messinggesellschaft — American Braß Company — bereits der größte Erzeuger der Welt von Fertigprodukten in Kupfer und Zink geworden ist, hat nun die Kupfergesellschaft in Chile, welche über die größten Erzreserven der Welt verfügt und unter sämtlichen Kupferbergwerken mit den billigsten Herstellungskosten arbeitet, aufgezogen. Dadurch kommt eine vertikale Kombination von der Rohstoffgewinnung bis zur Fertigproduktion zustande. Da die neuerworbene Gesellschaft außerhalb der Vereinigten Staaten liegt, kann das Antitrustgesetz gegen den neuen Trust nicht angewendet werden.

Ein Rekordunternehmen. Bald nach dem Zusammenbruch von 1918 wurde im Zusammenhang mit der Forderung nach Sozialisierung des Bergbaus von der Sozialdemokratie die Verstaatlichung der Ilseder Hütte verlangt. Den Bürgerlichen gelang es, diese Forderung abzuschwächen. Das Reich erhielt lediglich einen Anteil von 10 Proz. des Aktienkapitals. Inzwischen hat sich die Ilseder Hütte, die durch den Besitz eigener Erzfelder eine Monopolstellung hat und von dem Bezug ausländischer Erze unabhängig ist, zu einem Unternehmen entwickelt, das Rekordgewinne ausschüttet. Jetzt schlägt sie als Abschlagszahlung auf die Dividende des letzten Geschäftsjahres volle 300 Proz., den dreifachen Nennwert einer Aktie vor. Wie wird erst die endgültige Dividende aussehen, die von den bürgerlichen Parteien der Allgemeinheit vorenthalten wurde?

Gewaltige Erhöhung der Stahlpreise. Der in Hagen in Westfalen tagende gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des deutschen Stahlbundes beschloß mit Rücksicht auf die gewaltige Markentwertung in den letzten Tagen und die dadurch bedingte Verteuerung der ausländischen Rohstoffe sowie auch die neuerdings beschlossene Kohlenpreiserhöhung und die Verteuerung der Inlandserze und des Betriebsmaterials eine Erhöhung des Thomas-Stabeisen-Grundpreises um 284 000 M. für 1000 Kilo, gleich 49,31 Proz. des bisherigen Preises. Um den gleichen Prozentsatz wurden die Preise für die übrigen Richtpreissorten erhöht. Der Mehrpreis für Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgüte wurde einstweilen nicht geändert. Der Zuschlag auf die Marküberpreise der seit dem 1. August 1922 geltenden Ueberpreislisten beträgt ab 31. Januar 1923 3000 Proz.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Zähne 600 u. 700 M. mit Friedensk. schriftl. Garant.
anziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Ueber 5000 Gebisse zur Zufriedenheit geliefert. Gold- und Ersatzkronen. Vorzeiger 10 % Rabatt. Spez.: Zähne ohne Gaumen, keine Luxuspreise.
Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1.
Extra-Abt.: Einkauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.

Zahngebisse auch zerbrochene
Gold-, Silber- Platin- und Doublé
kauft zum höchsten Tagespreis
Edelmetallverwertung Hiesiger
C., Roßstraße 8, Laden, nahe Gertraudtenstraße.

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2 a. d. Grunewaldstraße
Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Münzen
kauft Münzenhandlung
Ball, Wilhelmstraße 46.

Marken
kauft Markenhandlung
Kosack, Burgstraße 13.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstlergardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet Ankaufsabteilung Neu eröffnet
für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
gegenüber dem altbekannten
Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Zahngebisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch sämtliche Schmuckgegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur
Barheine Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.
Bei Ankauf Fahrgeldvergüt.

Gold Silber Platin -Bruch
Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Strickjacken
aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrikniederlage thür. Wollwaren
Kopenhagener Str. 67, I a. Bhf. Schönh. All. Hochb. Nordring
u. Bln.-Pankow, Mendelstr. 36, I. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Gold, Silber, Platin-Bruch
Zahngebisse
kaufen zu unüberbietbaren Preisen, da Selbstverwertung
I. Skalitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Regensburger Str.

Für 2000 Mark wöchentl. erh. Sie bei II. Anz. einzelne Möbel jeder Art preiswert und gut
Barthel
Zorndorfer Str. 54 nah. Tietz, Frkf. Allee

Achtung! Straßenhändler, Wiederverkäufer!
Schuhcreme prima Wachsware, schwarz u. farbig — Dutzend 600 Mk. freibleibend! —
H. & A. Rohde, chemische Fabrik
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 220. Telephon 1103

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 47, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Milling, Erasmusstr. 4.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 23.
Adlershof: Frl. Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Alt-Glienicke: Sack, Friedrichstr. 46, III.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 188, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Dannebers, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 63.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III, Eichkamp: Joachim, Kaiserdamm 102, Gartenhaus 1 Tr.
Charlottenburg IV: Pusenial, Augsburger Str. 47, Portier.
Lanersdorf: Schönbeer, Landsberger Str. 10.
Erkner: Emil Zwang, Scharnweberstr. 11.
Fichtenau: Kraatzke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Wilinski, Fredersdorf, Arndtstraße.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Pflügner, Köpenicker Str. 105.
Halensee, Grunewald: Frau Roack, Kiosk Henriettenplatz, Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Goldbach, Niederschönhausen, Schloßallee 48.
Hennigsdorf: Frau Korbasinski, Rathenaustr. 3.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 119.
Johannisthal: Alwin Gommlich, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Reinhold Berndt, Waldowallee 4.
Kaulsdorf: Vogt, Brederecksstraße 19.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kieker Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenberg IV: Heymer, Röderstr. 54, Gartenhaus.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Ziethenstraße 15.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 13.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Leis, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Reckestr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 40, v. I.
Neukölln-Britz: Mitag, Britz, Chausseestr. 82.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 28.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 16.
Oranienburg: Heinz Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Nikmann, Mühlenstr. 70.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 5a (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: Heinrich Gorski, Hauptstraße 28.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 3.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 34.
Staaken: Bölkel, Eschenwinkel 16.
Siemensstadt: Tielsch, Reisstr. 22, v. 3 Tr.
Steglitz: Frost, Düppelstr. 35.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Jordfelde, Conradshöhe, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: Paul Kienast, Borsigwalde, Rühlstr. 10.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 18.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
Gillmann, Carmen-Sylva-Straße 87.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Teltow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Frau Schubert, Wilhelmsaue 27. — Tübinger Str. 2a.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.